

Starke Unternehmen sind in modernen Zeiten ein Unterpfand dafür, dass die Freiheit produktiv wird und Herausforderungen bestehen kann. Doch müssen sie heute von neuem um ihre Anerkennung streiten.

Festungen der Freiheit

10. August 2010, Gerd Held

Die deutsche Wirtschaft ist, so scheint es, fürs erste aus der Wirtschaftskrise heraus. Das ist vor allem einer unternehmerischen Leistung zu danken. Die Unternehmen haben es verstanden, das Zurückfahren der Produktion mit der Sicherung des produktiven Apparats, der Geschäftsbeziehungen und der Belegschaften zu verbinden. Das bedeutete Umschichtungen und Neujustierungen, ständige Abwägungen und knifflige Entscheidungen, viel Einsatz ohne sichere Aussicht, Geduld bei Verlusten, Abwehr von billiger Resignation. Aber so genau will das offenbar niemand wissen. Die Öffentlichkeit interessiert sich kaum für das, was in den Geschäftsetagen und Betriebsstätten seit mehr als einem Jahr geschehen ist, auch nicht für die konstruktive Mitarbeit der Belegschaften und Betriebsräte. Unser Land geht mit seinen Unternehmen um, als wären sie Fremde und irgendwie verdächtig. Während sie in der Krise gerade Moral bewiesen, hatten in der Öffentlichkeit die Schnellgerichte über Banker, Manager, Reiche und den ganzen Kapitalismus das Sagen. Nun, angesichts der Besserung der Lage, sind es wieder die begehrlichen Blicke, die sich auf die Unternehmen richten. Vor wenigen Tagen erschien in einer Berliner Zeitung ein Interview mit dem Gesamtmetall-Chef Kannegiesser, in dem die Frager alle jene Vorurteile abklapperten, die auf das „Heraus mit dem Geld!“ hinauslaufen: die Nachfrage in den USA, der angebliche deutsche Lohnrückstand im europäischen Vergleich, die böse Leiharbeit... Man muss Kannegiessers Geduld bewundern, mit der er Antwort gab. Hier sprach nicht einfach ein Lobbyist. Die Sorge, dass sich Industrieunternehmen weiterhin rechnen und dass in Deutschland keine Abkehr von der materiellen Wertschöpfung stattfindet, ist eine Sorge um das Gemeinwohl. Doch den Unternehmen wird das moralische Motiv, das ansonsten jedem Parteisprecher, Experten, Anwohner oder Passanten zugebilligt wird, abgesprochen. Sie gelten als notorische Egoisten, die nur durch fremde Hand zum Guten geleitet werden können. So sieht es offenbar auch die Bundesregierung. Sie erklärt jetzt das Ende der Krise zum Beweis für ihre gute Arbeit. Das ist – sieht man einmal von der Kurzarbeit-Regelung ab – angesichts der konfuse n Regierungsarbeit in den vergangenen 10 Monaten wenig glaubwürdig.

Unternehmen sind die Wertschöpfer einer Nation. Sie sind es, die der Natur die Werte abgewinnen, von denen der allgemeine Wohlstand zehrt. Sie sind auf das Erwirtschaften von Überschüssen spezialisiert, deshalb tritt ihre schöpferische Kraft zunächst als ihr Bilanzgewinn in Erscheinung. Gäbe es hier nicht Überschüsse, gäbe es sie nirgendwo. Mit dieser Wertschöpfung sind Qualitäten verbunden, die nicht selbstverständlich sind. Unternehmen sind Realisten. Sie reden nicht nur, sondern setzen sich mit den Kräften der realen Welt auseinander. Sie treten den äußerlichen Widrigkeiten nicht nur mit Gedankenkonstrukten entgegen.

gen, sondern mit eigenen Außenposten wie Maschinen, Energie, Arbeitsmühe – mit „Industrie“ im ursprünglichen, weiten Sinne. Unternehmen sind komplexe Einheiten. Sie dürfen nicht nur Humanisten sein oder nur Ökologen. Ihre Preise bilden sich von vornherein aus natürlichen und menschlichen Faktoren. Ein Unternehmensschiff muss immer zwischen vielen Klippen hindurchgesteuert werden, das führt zu der spröden, „kalten“ Rechenhaftigkeit, die oft beklagt wird. Und dies komplexe Schiff soll nicht nur einmal fahren, sondern immer wieder. Eine Firma ist prinzipiell anders gebaut als ein Projekt. Erst hier gewinnt die Freiheit eine dauerhafte Gestalt und hängt nicht nur von einzelnen Ausnahmemenschen ab. Unternehmen sind Festungen der Freiheit, die der Landschaft der Moderne ihre stabilen Höhenzüge geben. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass in dem populären Satz „Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen“ eine Geringschätzung - sogar eine gewisse Verachtung - liegt. Der Satz spricht den Unternehmen eine eigene moralische Würde ab. Er duldet sie nur als Mittel zum Zweck - wie man den Hausdiener duldet, der gefälligst die Speisen herbeizuschaffen hat, die man dann großzügig austeilen und verzehren kann. Die Sonntagsrede von der dienenden Wirtschaft schickt die einen hinab in den Maschinenraum, damit die anderen oben ungestört gut und edel sein können. Aber die Unternehmen sind kein Mittel zum Zweck. Sie sind selber ein Zweck, eine Daseinsweise der Freiheit. In ihnen wird die Freiheit produktiv, sie erhält einen Weltbezug und damit auch eine Mäßigung. Ja, hier sind „Besitzbürger“ am Werk – doch auch ihnen gegenüber gilt der Grundsatz, dass der Mensch niemals den Menschen zum bloßen Mittel degradieren darf.

Für die Bundesrepublik gibt es besonders gute Gründe, ihre Unternehmen hoch zu schätzen. Denn die jüngere deutsche Erfolgsgeschichte ist mit einer Hochphase des Unternehmertums verbunden. Dieser Hochphase ist der Wohlstand zu verdanken, aber auch die äußere Weltläufigkeit und die innere Zivilität der Republik. Vor allem war die Wendung auf die großen Märkte des Exports, die nach Abschluss des Wiederaufbaus erfolgte, eine herausragende Leistung. Hier wurde, bis weit in die mittelständische Industrie, mit viel Fleiß, Maß und Vorleistungen eine Pionierleistung erbracht – auch für die kulturelle Offenheit Deutschlands. Ebenso war die Sozialpartnerschaft in den Betrieben prägend für den inneren Frieden. So waren die Unternehmen diskrete, aber wichtige Entwicklungsräume unserer Zivilität. Ihre Fähigkeit, immer wieder auf neue Herausforderungen zu reagieren, wird in anderen europäischen Ländern den dortigen Unternehmen als Beispiel vorgehalten. Es ist ein kuriose Faktum, dass ausgerechnet in dieser Hochphase die Anklagen gegen „die Wirtschaft“ so leicht Verbreitung finden. Hier muss mehr im Spiel sein als linke Propaganda.

Es gibt eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber den Unternehmen. Das moderne Leben erscheint heute vor allem als individuelle Selbstverwirklichung. Zwischen globalen Themen und den Biographien der Einzelnen scheint es keine vermittelnden Körperschaften mehr zu geben. Wo alles „Netzwerk“ ist, erscheint die Zugehörigkeit zu einem Unternehmen unwichtig. Auch innerhalb der Firmen verweisen Untersuchungen auf eine sinkende Bindung der Beschäftigten. Das hat sowohl eine hektische Bewegtheit als auch eine neue, recht zähe Engstirnigkeit mit sich gebracht. Ein millionenfacher „Mensch ohne Körperschaften“ hat mit seinen kleinen, aber unverzichtbaren Angelegenheiten und Erwartungen einen betonharten Deckel gebildet, der als „die Gesellschaft“ über dem Land liegt. Längst ist dieser abstrakte Mensch der eigentliche Ansprechpartner von Politik und Medien geworden, während die Unternehmen zu Realitäten zweiten Grades herabgesunken sind.

Gewiss gehört es zur Normalität der Moderne, dass sie individuelle Freiheiten eröffnet und verallgemeinert. Gefahr droht dort, wo diese kleine Freiheit alle größeren Freiheiten erstickt.

Alexis de Tocqueville hat schon 1835 das traurige Zukunftsbild einer zwar bewegten, aber flachen Gesellschaft gezeichnet. Hier kommt ein anonymer Konsens-Souverän zur Herrschaft, der sich überall einmischt und selber kein Gesicht hat: „Er bricht den Willen nicht, sondern er schwächt, beugt und leitet ihn; er zwingt selten zum Handeln, steht vielmehr ständig dem Handeln im Wege; er zerstört nicht, er hindert die Entstehung; er tyrannisiert nicht, er belästigt, bedrängt, entkräftet, schwächt, verdummt und bringt jede Nation schließlich dahin, dass sie nur noch eine Herde furchtsamer und geschäftiger Tiere ist.“ Tocqueville sah aber auch ein anderes Zukunftsbild – die Bildung größerer, freier Zusammenschlüsse. Dabei spielten die Wirtschaftsunternehmen, deren erste Blüte er in den USA beobachtete, eine wichtige Rolle. Sie bildeten, neben dem Vereinswesen und lokalen politischen Körperschaften, die Grundlage für eine größere, würdigere Freiheit. Inzwischen hat sich vieles geändert, aber die Grundkonstellation ist aktueller denn je: Die Freiheit hat sich als ambivalent erwiesen. Sie ist keine Einbahnstraße. Ein freies Land muss mehr sein als ein Land individueller Rechte. Es braucht größere Festungen der Freiheit, damit nicht ein Versorgungs-Regime im Namen der kurzatmigen Interessen die Oberhand bekommt. Es braucht starke Unternehmen. In der Freiheit ist also ein Konflikt angelegt. Unternehmen haben hier nicht einfach ein Heimspiel; es gibt auch verbreitete Neigung, die Höhen der Freiheit zu schleifen. Die Festungen der Freiheit müssen also zum Streit bereit sein.

In diesen Tagen stehen den Unternehmen wieder neue Belastungen ins Haus. Im Verkehrs-, Energie- und Finanzbereich drohen zusätzliche Kosten. Bei der Pflege und Betreuung sollen Unternehmen die Entlastung der Familien übernehmen, während der Staat hier mit Mindestlöhnen die Kosten erhöht. Das Bundesarbeitsgericht zerstört das Prinzip der Tarifeinheit und stärkt die Macht kleiner Gruppen. Von der EU kommen neue Umweltauflagen und über der gesamten Wirtschaft hängt das Damoklesschwert der immensen Staatsverschuldung. Mehr denn je sind die Unternehmen mit abstrakten „Rahmensetzungen“ konfrontiert und müssen dann selbst sehen, wie sie damit klarkommen. Hingegen erleben sie bei den konkreten Staatsaufgaben – zum Beispiel bei der Sicherung der Energieversorgung oder des Schulunterrichts – immer neue Enttäuschungen. Dazu kommt die irritierende Erfahrung, dass die Unternehmen im „bürgerlichen“ Lager kaum Gehör finden. Die Art, wie die Sprecher von Wirtschaft und Mittelstand in der CDU/CSU ins zweite Glied gedrückt wurden, ist ein Alarmzeichen. Man muss es offen aussprechen: In diesem Moment stehen die Unternehmen in Deutschland, trotz ihrer immensen Arbeit und ihrer guten Zahlen, in der Öffentlichkeit so isoliert da wie selten zuvor. Die liberal-konservative Strömung hat sich in wolkigen Wertebekennnissen verloren. Wann wird sie auf die Festungen der Freiheit zurückkommen?

(Manuskript vom 10.8.2010, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 13.8.2010)